



HESSISCHER LANDTAG

02. 09. 2005

Kleine Anfrage

der Abg. Rudolph und Schäfer-Gümbel (SPD) vom 27.04.2005

betreffend Demokratie - was sonst

und

Antwort

des Ministers des Innern und für Sport

Vorbemerkung der Fragesteller:

In der Amtszeit von Innenminister Gerhard Bökel wurde vom Hessischen Landesamt für Verfassungsschutz in Zusammenarbeit mit dem hessischen Innenministerium eine Wanderausstellung mit dem Titel "Demokratie - was sonst" zum Thema Rechtsextremismus gestartet. Ziel der Kampagne war die Stärkung des Demokratiebewusstseins durch Aufklärung der Schülerinnen und Schüler über das Thema Rechtsextremismus. Diese Wanderausstellung wurde nebst Broschüren 1999 eingestampft.

Diese Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei und der Kultusministerin wie folgt:

Frage 1. Warum wurde die Ausstellung nicht mehr in der ursprünglichen Fassung zur Verfügung gestellt?

"Demokratie - was sonst" war keine Ausstellung im eigentlichen Sinne. Es handelte sich um Informationstafeln des Landesamtes für Verfassungsschutz, die zum damaligen Zeitpunkt die Vorträge des Landesamtes für Verfassungsschutz an Schulen ergänzt haben. Diese Informationstafeln waren notwendig, da zum damaligen Zeitpunkt kein jährlicher Verfassungsschutzbericht herausgegeben wurde. Die Informationstafeln wurden von den Schulen nicht mehr angefordert und werden jetzt wegen der mangelnden Aktualität vom Landesamt für Verfassungsschutz Hessen auch nicht mehr angeboten. In der Sache sind sie heute durch den jährlich erscheinenden Verfassungsschutzbericht ersetzt. Echte Wanderausstellungen zu verschiedenen Themen veranstaltet das Bundesamt für Verfassungsschutz. Diese können bei Bedarf vom Landesamt für Verfassungsschutz Hessen angefordert werden.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen ist jährlich auf dem Hessentag mit einem Informationsstand vertreten, auf dem die Ausstellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu sehen ist. Die Ausstellung "Es betrifft dich - Demokratie schützen" des Bundesamtes für Verfassungsschutz war im Juli 2004 im hessischen Landtag ausgestellt.

Frage 2. Wie viele Faltblätter/Flyer/Broschüren "Demokratie - was sonst" wurden vernichtet?

Nachdem nach einer Pause von zehn Jahren seit dem Jahr 2000 wieder ein jährlicher Verfassungsschutzbericht herausgegeben wird, wurde der angestrebten Stärkung des Demokratiebewusstseins der Bevölkerung besser Rechnung getragen. Der Verfassungsschutzbericht erfreut sich einer regen Nachfrage, da in ihm auf die aktuellen Ereignisse des Vorjahres hingewiesen wird. Die Restbestände der Broschüre "Demokratie - was sonst" wurden auch wegen der fehlenden Aktualität nicht mehr vorrätig gehalten. Wie groß diese Restbestände waren, ist nicht mehr feststellbar.

Frage 3. Wie hoch waren die Produktionskosten für diese Materialien?

Die Kosten für den Druck können nicht mehr festgestellt werden.

Frage 4. Wurden die Faltblätter/Flyer/Broschüren, die durch die rot-grüne Landesregierung erstmalig aufgelegt wurden, kontinuierlich überarbeitet und produziert?

Flyer und Broschüren werden nach Bedarf und hier insbesondere bei nachgefragtem Interesse überarbeitet und wieder aufgelegt. Darüber hinaus gibt das Hessische Ministerium des Innern seit 2001 wieder den jährlichen Verfassungsschutzbericht heraus, der die Ereignisse des Vorjahres schildert.

Frage 5. Welche anderen Aktivitäten und Maßnahmen der Landesregierung und des Verfassungsschutzes wurden stattdessen entwickelt und umgesetzt?

Die Aufgabe "Verfassungsschutz durch Aufklärung" wird vom Landesamt für Verfassungsschutz Hessen mit großer Intensität wahrgenommen. Vertreter des Landesamts für Verfassungsschutz besuchen Schulen, Verbände, Kirchen und Entscheidungsträger der Wirtschaft und nehmen an Round-Table-Gesprächen teil. Flankiert wird dies auch durch den Auftritt des Landesamtes für Verfassungsschutz beim Hessentag, das jährliche Herbstgespräch sowie den Verfassungsschutzbericht.

Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung hat folgende Veranstaltungen durchgeführt:

- "Die Republikaner" in Stadtallendorf, 7. Juni 2000 in Marburg,
- Workshop "Rechte Jugendcliquen", 27. und 28. Oktober 2000,
- Präsentation der Studie "Rechte Cliques in Hessen", 18. Juni 2001 im Hessischen Landtag.
- "Pädagogischer Alltag mit rechten Jugendlichen", 23. Mai 2002 in Kassel,
- "Pädagogischer Alltag mit rechten Jugendlichen", 10. September 2002 in Frankfurt am Main,
- Präsentation "Rechte Jugendcliquen in Hessen", 18. Juni 2002 im Hessischen Landtag,
- "Pädagogischer Alltag mit rechten Jugendlichen", 10. September 2002 in Frankfurt am Main,
- "Rechtsextremismus im Internet", Pädagogische Gegenstrategien, 29. und 30. Oktober 2002, 13. und 14. November 2002,
- "Internet und Rechtsextremismus" im Schulalltag, März bis Juli 2003 in Groß-Gerau und Darmstadt,
- "Prozessorientierte Spielfilmarbeit" im Zusammenhang der Problemfelder Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus, 10. bis 13. November 2003,
- Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, 16. März 2004 in Bad Nauheim,
"Schule ohne Rassismus", 20. und 21. September 2004 in Frankfurt am Main.

Mit der Novellierung des Jugendschutzgesetzes wurde auch den Polizeibehörden die Möglichkeit eröffnet, direkt als anregungsberechtigte Behörde für Indizierungen gegenüber der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien aufzutreten. Bisher mussten entsprechende Anregungen über die obersten Landesjugendbehörden erfolgen. Insbesondere rechtsextremistische Musik und entsprechende Veröffentlichungen im Internet fungieren als Köder für den weiteren Transport rechtsextremistischen Gedankengutes. Die Indizierung wird als wichtiger Bestandteil eines umfassenden Präventionskonzeptes gegen die Verbreitung rechtsextremistischen Gedankengutes gesehen. Über diesen direkten Antragsweg können die Polizeibehörden frühzeitig eine entsprechende Prüfung veranlassen und damit einer weiteren Verbreitung rechtsextremen Gedankengutes entgegenwirken.

Frage 6. Welche Aktivitäten und Maßnahmen planen die Landesregierung und der Verfassungsschutz für die Zukunft, um insbesondere Schülerinnen und Schüler auf die Gefahren durch Rechtsextremismus aufmerksam zu machen?

Das Kultusministerium beteiligt sich mit 19 Schulen am Projekt der Bund-Länder-Kommission (BLK-Projekt) "Demokratie lernen und leben". Das Programm will der aktuellen Entwicklung von Gewalt, Rechtsextremismus

und Fremdenfeindlichkeit in Schulen sowie Politikverdrossenheit entgegenwirken.

Ziele des BLK-Projektes in Hessen:

- Entwicklung einer gelebten Konfliktkultur an der Schule durch Umsetzung und Verankerung von Vorhaben und Programmbausteinen der konstruktiven Konfliktbearbeitung,
- Entwicklung und Realisierung weiterer innovativer, demokratiepädagogischer, partizipativer Vorhaben im Unterricht durch Projekte, die der Schulentwicklung dienen,
- Weiterentwicklung zu einer demokratischen Schule durch die Entwicklung neuer Formen von Partizipation im Hinblick auf die Organisationsstruktur der Schule und ggf. ihre Wirkung in das Gemeinwesen hinein.

Im Rahmen des Sonderprogramms "Extremismus" veranstaltet die Hessische Landeszentrale für politische Bildung mit verschiedenen Kooperationspartnern die folgenden Veranstaltungen und unterstützt diese finanziell:

- Rechts außen im Netz - Wege der Auseinandersetzung mit extremer Propaganda im Internet,
- Antirassismus-Training Eye to Eye e.V.,
- Hyperlinks gegen Rechts - Jugendliche gegen Rechtsextremismus,
- Gewalt, Rassismus und Zivilcourage unter Kindern und Jugendlichen,
- Argumentationstraining gegen Stammtischparolen,
- Netzwerk Interkultureller Annäherung und Gewaltprävention von Jugendlichen im Schwalm-Eder-Kreis.

Darüber hinaus bereitet die Hessische Landeszentrale für politische Bildung eine Broschüre mit Themenschwerpunkten "Rechtsextremismus im Internet"/"Rechtsextreme Musik"/"Aktives Handeln" vor.

Das von der Landesregierung beim Hessischen Landeskriminalamt eingerichtete Informations- und Kommunikationszentrum "Ausstiegshilfen aus dem Rechtsextremismus" (IKARus) bietet gezielte Informationen und Hilfen zu den Gefahren des Rechtsextremismus an.

Die Aktivitäten von IKARus richten sich entsprechend der entwickelten Konzeption nicht ausschließlich auf so genannte Aussteiger. Weitere Ziele sind, durch den Aufbau von regionalen Netzwerken den Einstieg von Jugendlichen in die rechte Szene zu verhindern und auch die Öffentlichkeit im Hinblick auf den Rechtsextremismus zu sensibilisieren.

Derzeit sind bei IKARus mehrere Projekte in der unmittelbaren Umsetzung. Dabei handelt es sich zum einen um klassische Präventionsprojekte (Schüler werden über das Thema Rechtsextremismus aufgeklärt), zum anderen aber haben die Projekte einen unmittelbar intervenierenden Charakter. In Regionen, in denen die rechte Szene im Alltag z.B. mit Plakataktionen aktiv ist, wird in Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen und privaten Initiativen versucht, durch Gegenstrategien die Aktivitäten der rechten Szene zu reduzieren.

Daneben werden für ganze Klassenverbände oder Projektgruppen Seminare zum Thema Rechtsextremismus angeboten. Für Lehrer, Eltern und Schulvertreter werden auf die regionalen Gegebenheiten zugeschnittene Fortbildungsveranstaltungen angeboten. Im Jahr 2004 wurden insgesamt 35 solcher Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt.

Auch in Bezug auf die bundesweite Plakataktion und kostenlose Verteilung von Musik-CDs durch die rechte Szene hat IKARus frühzeitig und konsequent reagiert. Mit der Verteilung der CDs auch im Umfeld hessischer Schulen soll insbesondere das Interesse von Jugendlichen an rechtsextremistischer Musik geweckt werden, über die häufig der Einstieg in die rechtsextremistische Szene erfolgt. Um diesem Bestreben gegenzusteuern, haben die Mitarbeiter von IKARus den betroffenen Schulen ihre Unterstützung und eine konkrete Zusammenarbeit angeboten.

Frage 7. Welche Mittel wird das Land dafür zur Verfügung stellen?

Für Seminare und Veranstaltungen hat die Landeszentrale für politische Bildung im Jahr 2005 Sondermittel in Höhe von 20.000 € und für Publikationen Sondermittel ebenfalls in Höhe von 20.000 € zur Verfügung.

Darüber hinaus klärt die Hessische Landeszentrale für politische Bildung im Rahmen ihrer pädagogischen und publizistischen Arbeit kontinuierlich über politischen Extremismus auf.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen bestreitet die Aufwendungen für die Veranstaltungen aus dem laufenden Etat des Landesamtes.

Frage 8. Zu welchen Themen wurden zusätzlich nach dem 31. Dezember 1999 Faltblätter/Flyer/Broschüren aufgelegt?

Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung hat von der Broschüre "Recht gegen Rechts" insgesamt 30.660 Exemplare verteilt. Außerdem wurden als Veröffentlichungen herausgegeben:

- "Rechte Cliques – Alltag einer neuen Jugendkultur", Benno Hafener, Mechthild M. Jansen (HG.), Weinheim, München 2001,
- "Rechte Jugendcliques in Hessen", Benno Hafener, Torsten Niebling, Janette Claus, Tamara Wolf, Schwalbach 2002.

Neben dem jährlich erscheinenden Verfassungsschutzbericht hat das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen folgende Broschüren/Flyer herausgegeben:

- "Autonome" (Faltblatt, Dezember 1999),
- "Skinheads" (nur im Internet-Download, Dezember 1999),
- "Kampf der Köpfe: Intellektualisierungsversuche im Rechtsextremismus" (Broschüre, Februar 2005),
- "Islamismus" (Faltblatt, Februar 2001),
- "Islamismus - Ideologie, Vordenker, Ziele" (Faltblatt, März 2003),
- "Islamismus: Dialog oder Mission?" (Faltblatt, Februar 2005),
- "Islamismus und Mehrheitsgesellschaft" (Broschüre, Februar 2005),
- "Sicherheit von Informations- und Kommunikationstechnologien" (Faltblatt, Januar 2001),
- "Die Beobachtung des Extremismus durch den Verfassungsschutz" (Broschüre, Februar 2005),
- "Europawahl 2004 - Ergebnisse extremistischer Parteien in Hessen bei der Europawahl 2004" (nur im Internet-Download, Juni 2004),
- "Landtagswahl 2003 - Beteiligung extremistischer Parteien an der Landtagswahl in Hessen am 2. Februar 2003" (nur im Internet-Download, Februar 2003),
- "Bundestagswahl 2002 - Agitation und Ergebnisse rechts- und linksextremistischer Parteien und Organisationen" (Broschüre, September 2002),
- "Kommunalwahlen 2001 - Agitation und Ergebnisse rechts- und linksextremistischer Parteien und Bündnisse" (nur im Internet-Download, März 2001).

Frage 9. Werden auf Anfrage von Bürgerinnen und Bürgern an das Landesamt für Verfassungsschutz von dort Materialien versendet?

Ja. Darüber hinaus ist auf der Homepage des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen der Hinweis auf die oben angegebenen Broschüren zum Bestellen oder Downloaden.

Frage 10. Trifft es zu, dass Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern durch das Computersystem NADIS gefiltert werden?

Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern nach Informationsmaterial geben grundsätzlich keinen Anlass zu einer NADIS-Abfrage.

Wiesbaden, 24. August 2005

Volker Bouffier